

Ernährung und Versorgung. Prinz Windischgrätz über die Ver- pfllegung der Staatsbeamten.

Eine Unterredung mit dem Ernährungsminister. — 16 Millionen Kronen für die Verbilligung der Lebensmittelpreise. — Deckung der Aktionskosten durch Ausfuhrprovisionen. — Auspeisung von 30,000 Beamten in Budapest.

Die am letzten Samstag von der Regierung beschlossene staatliche Versorgung der Staatsbeamten, über die wir bereits berichtet haben, bringt eine Lieblingsidee des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz in Erfüllung. Der Leiter unseres Approvisionierungswesens hat schon vor längerer Zeit Vorarbeiten zur Durchführung dieser großzügigen Wohlfahrtsaktion einleiten lassen, die nunmehr zum Segen der Beamenschaft in kürzester Zeit verwirklicht werden wird. Es ist eine rein persönliche Tat des Ministers, da er auch die Aufbringung der sehr bedeutenden materiellen Mittel für diesen sozialen Zweck übernommen hat. Ueber das Wesen der grundlegenden Reform der Befoldung der Staatsbeamten — als eine solche ist ihre staatliche Versorgung zu werten — äußerte sich heute Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz einem unserer Mitarbeiter gegenüber:

„Die wiederholten und berechtigten Klagen der Staatsbediensteten, daß sie mit ihren Bezügen unter den Kriegsverhältnissen ihr Auskommen nicht finden können, haben die Regierung vor längerer Zeit zu dem Versprechen veranlaßt, alles daran zu setzen, um ihre mißliche Lage zu verbessern. Ich selbst habe mich sehr eingehend mit dieser Frage befaßt und hiebei die Erfahrung gemacht, daß mit materiellen Mitteln allein der Kampf gegen die allgemeine Teuerung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, unter der die Staatsbeamten leiden, nicht aufgenommen werden kann. Den Teuerungszulagen, die den Staatsbeamten gewährt werden, folgt flugs eine Erhöhung der Preise. Die Spekulation, wissend, daß die Beamten über mehr Geld verfügen, setzt sofort ein und treibt die Preise in die Höhe. Es mußte daher ein Modus gefunden werden, diesen Machinationen vorzubeugen, nicht durch höhere Bezüge den Wareneinkauf zu ermöglichen, sondern der Beamenschaft die Naturalien selbst zur Verfügung zu stellen. Das wird nun in kürzester Zeit auf Grund meines Projektes über die staatliche Verpflegung der Staatsbeamten, das ich dem Ministeriale unterbreitet habe und von diesem genehmigt wurde, erfolgen.

Diese Wohlfahrtsaktion wird in erster Reihe bei der Mehlversorgung der Staatsbeamten im neuen Wirtschaftsjahre eingesetzt. Wie in dem jetzt zur Reife gehenden Wirtschaftsjahre wird die Beamenschaft wieder in die Lage versetzt werden, den Mehlbedarf des Haushaltes für das ganze Wirtschaftsjahr auf einmal einzudecken. Die Neugestaltung der Versorgung der Staatsbeamten kommt sofort bei den Preisen für Mehl zum Ausdruck. Für die Staatsbeamten werden wir nicht die diesjährigen erhöhten Preise in Rechnung stellen, sondern es ermöglichen, daß die vorjährigen Mehlpreise für sie unverändert gelten werden. Die bedeutende Erhöhung der Mehlpreise wird daher auf die Ausgaben der Staatsbeamten gar keinen Einfluß haben; sie bezahlen für das Mehl soviel wie im Herbst 1917.

Dabei habe ich auch die Maßnahme getroffen, daß das Mehlkontingent der Staatsbeamten nur zu zehn Prozent in Bodmehl (Müllermehl), dessen Preis als Luxusartikel bekanntlich am höchsten festgesetzt wurde, ausgefolgt wird. Die Staatsbeamten werden daher im überwiegenden Maße das sehr gute, aber viel billigere Kochmehl beziehen können.

Soweit die Staatsbeamten einen eigenen Haushalt führen, werden ihnen auch andere nötige Lebensmittel durch den Staat zugewiesen. Der Ernte entsprechend werden wir größere Mengen Hülsenfrüchte erfassen und auch die Versorgung mit Kartoffeln, Obst und Grünwaren übernehmen. Es sei hier bemerkt, daß ich die Differenz zwischen den tatsächlichen Preisen der Lebensmittel und den Preisen, zu denen sie den Staatsbeamten überlassen werden, auf 16 Millionen Kronen für das Jahr schätze. Diese Summe wird nicht durch den Staat Deckung finden, also keine neue Belastung des Staatshaushaltes bedeuten. Die Aufbringung der Kosten der Wohlfahrtsaktion für die Staatsbeamten habe ich übernommen. Die materiellen Mittel für die staatliche Verpflegung der Staatsbeamten wird durch Einhebung von Exportprovisionen bei der Ausfuhr von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln erfolgen. Ich werde auch die Verfügung treffen, daß nur jene Produzenten Ausfuhrbewilligungen erhalten, die einen gewissen Teil der Exportware zu billigeren Preisen für die Verpflegung der Staatsbeamten überlassen werden.

Die Reform ist auch darnach angetan, die Marktpreise zu beeinflussen. Die Zahl der Verbraucher, die ihren Bedarf auf den Märkten decken, wird durch die Aktion verringert. Soviele Beamtenfamilien durch unsere Maßnahmen verpflegt werden, soviel Einkäufer müssen auf den Märkten fehlen, wodurch diese entlastet werden. Die unmittelbare Versorgung der Staatsbeamten durch den Staat dämmt die Spekulation ein. Die erhöhte Nachfrage hat bisher stets ein Steigen der Preise zur Folge gehabt.

Für jenen Teil der Beamten, der keinen eigenen Haushalt führt, werden wir Beamtenküchen schaffen, aus denen auch die Familienmitglieder versorgt werden können. Die Erhaltung der Küchen ist mit bedeutenden Kosten verbunden, da wir ein reichliches Mahl zu einem sehr bescheidenen Preise verabfolgen wollen. Es ist ein Zuschuß von 2 Kronen zu jeder Portion Mittagmahl in Aussicht genommen. In Budapest dürften 30,000 Staatsbeamte die Küchen in Anspruch nehmen, es ist daher mit einer täglichen Mehrausgabe von 60,000 Kronen zu rechnen, die gleichfalls im Wege der Exportprovisionen Deckung finden werden.

Die geschilderten Maßnahmen sind nur als erste Etappe der großen Wohlfahrtsaktion zu betrachten. Ich will auf dem betretenen Wege weiterstreiten und die Verpflegung der Staatsbeamten nach allen Seiten hin ausbauen. Ich hoffe, daß die Reform volle Beruhigung und Zufriedenheit unter der Beamenschaft auslösen wird. Die Verbesserung ihrer Lage habe ich mir zum festen Ziel vorge setzt das erreicht werden wird.“

Wie wir erfahren, erstreckt sich die Aktion nur auf die Staatsbeamten. Es wird daher Aufgabe der Komitate und Gemeinden bilden, im Rahmen ihres Wirkungskreises die Lage der Beamenschaft gleichfalls zu verbessern.